

06.10.2020

Maria Klein-Schmeink

Liebe Mitglieder im Kreisverband Münster,

nachdem ich bereits vor 2 Wochen meine erneute Kandidatur für die kommende Wahlperiode angekündigt habe, möchte ich dies hier ausführlicher darstellen.

Vor ca. vier Jahren habt Ihr mir das Vertrauen geschenkt und ich habe eine arbeitsreiche Wahlperiode mit außergewöhnlichen Herausforderungen erlebt. Nach einer sehr intensiven und vergeblichen Phase der Sondierung für eine sogenannte Jamaika-Koalition, folgte ein Jahr, in dem die große Koalition von einer Krise in die nächste taumelte. Obwohl die Fridays for Future Bewegung die Notwendigkeit einer konsequenten Klimaschutzpolitik so erfolgreich und überzeugend auf die Straße getragen hat, blieb die schwarzrote Bundesregierung mit einem völlig unzulänglichen Kohleausstieg weit hinter dem Notwendigen zurück. Insgesamt eine Wahlperiode, in der die Bundesregierung viel Zeit vertan hat, ohne drängende Probleme wirklich anzupacken!

Dabei wissen wir alle, dass wir keine Zeit mehr verlieren dürfen, denn der Klimawandel schreitet unerbittlich voran. Es schließt sich das Zeitfenster immer weiter, in dem wir durch wirksame Maßnahmen wenigstens das 1,5 Grad Ziel halten können. Unsere Kommunalwahlergebnisse haben gezeigt, dass immer mehr Menschen den Ernst der Lage begriffen haben und mit uns an einem Strang ziehen. Sie akzeptieren nicht mehr, dass die Große Koalition sich nicht einmal halbherzig auf den Weg hin zu einer nachhaltigen Politik macht. Viele wissen, dass Klimaschutz der einzige Weg ist, um verheerenden Naturkatastrophen, weltweiten Fluchtbewegungen vor Hunger, Dürre oder Überschwemmungen entgegenzuwirken.

Viele Bürger*innen sind ebenso entsetzt, dass sich die Regierung nicht zu einer humanitären und menschenrechtsorientierten Asyl- und Aufnahmepolitik durchringen kann, obwohl so viele Kommunen in Deutschland und Europa sich bereit erklärt haben, die Zuflucht Suchenden und oft in elenden Flüchtlingslagern feststeckenden Menschen aufzunehmen.

Erst mit der Corona-Pandemie haben viele die enorm hohe gesellschaftliche Bedeutung eines funktionierenden Gesundheitswesens erkannt. Und auch hier dürfen wir uns nicht auf eine nationale Sicht zurückziehen, sondern wir müssen die ökonomischen, sozialen, gesundheitlichen Schäden und humanitären Herausforderungen gemeinsam und solidarisch bewältigen und nach Lösungen suchen.

Deshalb müssen wir den kommenden Bundestagswahlkampf nutzen, um endlich den Weg hin zu einer sozial-ökologischen Transformation einzuschlagen und unsere Art zu wirtschaften und zu leben auf kommunaler, nationaler und globaler Ebene nachhaltig zu verändern.

Zugleich müssen wir die Menschen mitnehmen, denen solche Veränderungen und Herausforderungen Angst machen sowie auch diejenigen, die zu Recht fürchten, dass sie Verlierer*innen im Umbruch sein könnten. Wir müssen klarstellen, dass die Menschen sich auf ein demokratisches, funktionsfähiges Gemeinwesen verlassen können, das sie vor Armut schützt, ihnen Teilhabemöglichkeiten schafft und eine gute Versorgung bei Krankheit, Pflegebedarf und existentiellen Krisen sicherstellt.

Aber dieses Vertrauen ist in den letzten Jahren sehr brüchig geworden. Viele Menschen fühlen sich an den Rand gedrängt oder sorgen sich um ihre Versorgung und die ihrer Angehörigen bei Krankheit und im Pflegefall. Deshalb ist es so wichtig, dieses Vertrauen in ein starkes solidarisches Gemeinwesen zu erneuern. Für den für die Daseinsvorsorge so wichtigen Bereich des Gesundheitswesens, den ich für die Grüne Bundestagsfraktion verantworte, heißt dies, belastbare Antworten zu liefern auf die Herausforderungen des demografischen Wandels, den

Fachkräftemangel und die zunehmende Ökonomisierung im gesamten Gesundheitswesen und für eine nachhaltige und gerechte Finanzierung.

Auch wenn wir in Deutschland ein vergleichsweise gutes Versorgungssystem haben, gibt es in einigen Bereichen massive Versorgungslücken, zum Beispiel in der Geburtshilfe oder es kämpfen Kinderkrankenhäuser um ihren Fortbestand. Allzu oft erleben Patient*innen, dass es nicht um sie und ihr Leiden, sondern um ökonomische Interessen geht.

Menschen mit einer psychischen Erkrankung müssen oft monatelang auf einen Therapieplatz warten. Schwangere finden keine Hebamme, Menschen mit Behinderung stoßen vielfach auf große Hürden und Barrieren und müssen genauso wie viele chronisch Erkrankte erhebliche Zuzahlungen für Medikamente und Hilfsmittel leisten. Verhütung scheitert für viele am Geld; in manchen Gegenden gibt es weit und breit kein ambulantes Angebot für den Schwangerschaftsabbruch.

Geflüchtete, Wohnungslose, EU-Bürger*innen und Menschen ohne Papiere finden kaum oder haben gar keinen Zugang zu einer sicheren gesundheitlichen Versorgung. Ein sehr drängendes Problem stellen die fehlenden Fachkräfte dar. Weil viel zu lange die Anerkennung und Wertschätzung für diese Berufe fehlte, belastende Arbeitsbedingungen verbunden mit schlechter Bezahlung die Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen vertrieben hat. In der Altenpflege müssen wir sogar von einem regelrechten Notstand sprechen. In der Pandemie waren es erneut die Pflegekräfte, die Hebammen, die therapeutischen Berufe und die Menschen in der Behindertenhilfe, die als letzte mit Schutzmaterialien ausgestattet wurden.

Zugleich hat sich gezeigt, wie weit Deutschland bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens zurückliegt. Gerade diese kann die Patient*innen in ihrer informierten Entscheidung, die berufsgruppenübergreifende Versorgung, den Wissenstransfer und die Forschung stärken. Wichtig ist, dass die informationelle Selbstbestimmung und Datenschutz jederzeit gewahrt werden. Dabei muss es um einen konkreten Nutzen für die Menschen gehen, digitale Hilfsmittel dürfen nicht den persönlichen Kontakt in der Pflege ersetzen und die Menschen müssen bei den Digitalisierungsprozessen von vornherein einbezogen sein. Am Beispiel der Corona-App konnte man sehr deutlich sehen, wie schnell sich auch bürgerrechtliche Probleme ergeben, wenn z.B. ein effektiver Infektionsschutz mit Kontaktverfolgung verbunden wird. Ich bin sehr froh, dass unser breiter Druck bewirkt hat, dass am Ende die Anwendung freiwillig und der Schutz der Privatsphäre gewährleistet ist.

Zu all diesen Fragen habe ich in den vergangenen Jahren parlamentarische Initiativen gestartet, zugleich mehr als 30 umfangreiche Gesetze im Bereich Gesundheit und Pflege kritisch begleitet. Parallel habe ich unsere Reformkonzepte für eine gute, zukunftsfeste Versorgung und Finanzierung soweit konkretisiert, dass sie jetzt umsetzungsreif ausformuliert sind und praktische Politik werden können.

In der Pandemie habe ich beharrlich dafür gekämpft, dass der Schutzschirm für das Gesundheitswesen nicht auf die Krankenhäuser und Ärzteschaft beschränkt bleibt, sondern die Pflege, die therapeutischen Berufe und alle Einrichtungen einbezieht, die sich um die besonders schutzbedürftigen Patient*innengruppen kümmern. Zudem habe ich mich für einen umfassenden und sicheren Zugang zur Gesundheitsversorgung für vulnerable Personengruppen, wie Wohnungslose und Menschen ohne Krankenversicherung oder Papiere, stark gemacht.

Ganz konkret möchte ich in den nächsten vier Jahren folgende Großprojekte voranbringen:

- Mit der Bürgerversicherung endlich auch die Gutverdienenden in die solidarische Finanzierung von Gesundheit und Pflege einbeziehen und damit die Kosten für alle bezahlbar halten
- Die Krankenhausfinanzierung so ausgestalten, dass jedes bedarfsnotwendige Krankenhaus verlässlich und qualitativ gut arbeiten kann

- Eine gut abgestimmte Versorgung von chronisch kranken Menschen durch die berufsgruppenübergreifende Zusammenarbeit stärken und die Pflege- und Gesundheitsfachberufe aufwerten
- Mit einem inklusiven Aktionsplan Gesundheit, Barrieren und Belastungen abbauen und Versorgungslücken von Menschen mit Behinderung schließen
- Geschlechter- und Gendergerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung und -forschung, Versorgungssicherheit in der Geburtshilfe und beim Schwangerschaftsabbruch herstellen, Verhütung kostenfrei zugänglich machen
- Selbstbestimmtes Leben im Alter und bei Behinderung auch bei Pflegedarf erhalten und gute Bedingungen für menschenwürdige Pflege schaffen

Der Schlagzeilen getriebene Aktionismus von Gesundheitsminister Spahn hat vorrangig Lobbyinteressen bedient und die wirklich drängenden Probleme im Gesundheitswesen, vor allem in der Pflege, dagegen nicht angepackt. Der Minister hinterlässt dem neuen Bundestag eine Milliarden schwere Deckungslücke. Das ist in etwa die Situation, die vor der Agenda 2010 bestand und dann zu tiefen Einschnitten ins Sozialsystem führte. Man hat damals den Irrweg hin zur Schaffung eines Niedriglohnssektors, von Sozialabbau und vielen Deregulierungen für die Kapitalmärkte gewählt. Die Unionsparteien, allen voran ein Friedrich Merz, möchten diesen Weg heute wieder bestreiten.

Dem müssen wir unsere Vorstellungen einer sozial-ökologischen Transformation entgegenstellen. Ich bin davon überzeugt, dass dies unsere wichtigste politische Aufgabe ist und dies nur gelingen kann, wenn wir in Verteilungsfragen für mehr Gerechtigkeit sorgen – innerhalb Deutschlands und weltweit. Das gilt für den Zugang zu einem guten Gesundheitssystem für alle, für gute Startbedingungen von Anfang an, Zugang zu Bildung, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit und den nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen. Wir brauchen staatliche Vorgaben, die dazu taugen Gerechtigkeit herzustellen, wir brauchen ein funktionsfähiges Gemeinwesen, das Teilhabe für alle ermöglicht und den und die Einzelne zum eigenverantwortlichen Handeln befähigt.

Die kommende Bundestagswahl ist von besonderer Bedeutung. Auf die Abgeordneten der nächsten Wahlperiode kommt ein großer Handlungsdruck gepaart mit einer schwierigen finanziellen Lage zu. Mehr denn je kommt es darauf an, gut vorbereitet dringende Reformen konsequent anzugehen. Und dazu kann ich im Bereich der Gesundheits- und Pflegepolitik viel beitragen.

Deshalb möchte ich meine Erfahrung, meine Kraft und mein Engagement auch in die kommende Bundestagsfraktion einbringen. Zugleich traue ich mir zu, mit Erfolg um das Direktmandat in Münster zu kämpfen.

Ich bitte Euch erneut um Euer Vertrauen und Euer Votum für das Direktmandat im Wahlkreis Münster und einen aussichtsreichen Platz auf der Landesliste für die kommende Wahlperiode.

Eure
Maria Klein-Schmeink

Zu mir:

62 Jahre, verheiratet, 1 Tochter. Aufgewachsen als zweites von 6 Kindern auf einem kleinen Bauernhof im westlichen Münsterland, von 1977 bis 1984 Studium der Soziologie, Politikwissenschaften und Pädagogik in Münster und mit Magister abgeschlossen. Anschließend war ich fast 20 Jahre in der Erwachsenenbildung tätig, u.a. in leitender Funktion. In drei Ratsperioden habe ich seit 1993 die Grüne Kommunalpolitik in Münster maßgeblich mitgestaltet, u.a. im Fraktionsvorstand und als Fraktionssprecherin.

Von 2002 bis 2009 Referentin für Arbeit, Soziales und Gesundheit, später für Kommunalpolitik und Arbeitsmarktpolitik in der Grünen NRW-Landtagsfraktion. Seit 2009 Bundestagsabgeordnete. Seither ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und seit 2013 Sprecherin für Gesundheitspolitik. Ich liebe das Leben in Münster, das Radfahren und unseren Schrebergarten.